



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde
vom 29.06.2020

Top 12 Bericht aus der Kreisverwaltung

TOP

[Siehe Anlage.](#)



Kreis Rendsburg-Eckernförde

Der Landrat

Fachbereich Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen

01.07.2020

Bericht aus der Kreisverwaltung zur Sitzung des Kreistages am 29. Juni 2020

Sehr geehrte Frau Kreispräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kreistagsabgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, da der Landrat aufgrund der veränderten Terminierung der Ausschüsse heute leider nicht zugegen sein kann, freue ich mich, Ihnen – sowohl im Namen des Landrates als auch im Namen meiner Fachbereichsleiterkollegin und -kollegen- einen Überblick über die aktuellen Themen innerhalb der Kreisverwaltung geben zu dürfen.

Die „Corona-Krise“ hat vieles durcheinander gewirbelt. Wir sind als Kreisverwaltung froh, dass mehr und mehr ein Stück Normalität einkehrt.

Sie werden feststellen, dass an verschiedenen Stellen die Themen sich eben unter dem Eindruck von „Corona“ entwickelt haben.

Corona-Krise

Beginnen möchte ich daher mit dem die letzten Monate alles überlagernden Thema: dem Ausbruch des Corona-Virus auch hier bei uns im Kreis.

Über den Verlauf der sich aus dem Ausbruch des Virus ergebenden Coronakrise sind Sie bereits laufend informiert worden. Dies war und ist sowohl dem Landrat als auch uns Fachbereichsleitern wichtig.

Das Geschehen ist glücklicherweise am 15. Juni 2020 zum Erliegen gekommen, das war der erste Tag, an dem kein einziger positiver Corona-Fall mehr bei uns registriert war. Vorerst, denn wie die Zukunft aussieht, können wir alle nicht voraussehen, aber es ist ein sehr gutes Zwischenergebnis.

Die Krise konnte innerhalb der Verwaltung nur dank des großen Einsatzes vieler Kolleginnen und Kollegen bewältigt werden. Neben vielen zusätzlichen Kräften, die in der Krise angepackt haben, lag die Hauptlast für die infektionsmedizinischen Fragen auf den Schultern des Kernteams des Infektionsschutzes. Dieses zu bewältigen war nur möglich, weil der Landrat mit einem Bürgertelefon, Lagezentrum und der besonderen Aufbauorganisation (kurz BAO) eine umfangreiche Entlastung für die Kernaufgaben geschaffen hat.

Im Fachdienst Gesundheitsdienste musste für die Bearbeitung der Krise umfangreich zusätzliches Personal gewonnen werden. Dies gelang durch Zeitarbeit, aber auch Initiativbewerbungen aus der Ärzteschaft, Abordnungen vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung sowie einem Containment-Scout, also einem Kontaktpersonenermittler. Hierüber sind inzwischen 24 Köpfe mit unterschiedlichem Stellenumfang eingestellt worden.

Der Landrat hat über die Beschlüsse der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten und den damit verbundenen Umfang der Personalvorhaltung hier beim Kreis berichtet. Hierzu wurde auch eigenes Personal aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen geschult und eingesetzt.

Am 15.06.2020 haben wir die vom Land bereit gestellten Mittel in Höhe von 470.000 Euro für die coronabedingten Personalaufwendungen beantragt. Damit erkennt das Land nach meinem Dafürhalten an, mit welchen Herausforderungen wir es auf der Ebene der Kreise zu tun hatten bzw. haben.

Kfz- Zulassung: Online-Termine in der Zulassungsbehörde

Landauf, landab gab es im Zuge der Coronakrise massive Kritik von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Fahrzeuge nicht oder nicht zeitnah zulassen konnten. Sie werden es vielleicht in den Medien verfolgt haben.

Die coronabedingten Einschränkungen im Zuge des Lockdowns haben die Zulassungsbehörde zu einer Zeit getroffen, in der normalerweise die meisten Kunden im Jahr bedient werden.

Wir haben bei uns im Kreis nach Kräften versucht, die Auswirkungen des Lockdowns so gering wie möglich zu halten. In einem ersten Schritt haben wir über einen Annahme- und Ausgabeschalter sowie telefonischer Voranmeldung gearbeitet.

Wir befanden uns dennoch ein Stückweit in der Zwickmühle. Einerseits war der Bedarf an Zulassungsvorgängen gestiegen, andererseits hätten wir mit Blick auf das Infektionsgeschehen – im Übrigen aus meiner Sicht bis heute- einen freien Zulauf mit der Ausgabe mit Wartemarken nicht durchführen können.

Um trotzdem wieder alle Kunden bedienen zu können, haben wir uns kurzfristig entschieden, eine Online-Terminlösung zu implementieren, die ab dem 23. April nutzbar ist.

Um den entstandenen Rückstand in der Kundenbearbeitung zu kompensieren, haben wir das Personal verstärkt. Des Weiteren haben wir unsere Terminangebote am Montag und am Freitag erweitert.

Eine so genannte „Notfallschleife“ haben wir ergänzend eingerichtet. Hier können telefonisch Termine sofort vereinbart werden, wenn ganz dringende Zulassungen erfolgen müssen.

Die Rückmeldungen von Kunden vor Ort gegenüber den Mitarbeitenden sind überwiegend positiv. Der Besuch in der Zulassungsbehörde ist nun viel besser planbar und zudem gibt so gut wie keine Wartezeiten mehr.

Negative Rückmeldungen gibt es in der Gestalt, dass die Zeit zwischen Terminbuchung und dem eigentlichen Termin zu lang sei.

Liegen Lob und Kritik so weit auseinander, ist es schwer den richtigen Weg zu finden.

Um das Terminangebot noch weiter zu verbessern, haben wir eine strukturierte Kundenumfrage zunächst im Bereich der Kfz-Händler und Zulassungsdienste gestartet. Die Auswertung zeigt eine positive Rückmeldung. So wird die Arbeit der Zulassungsbehörde an allen Standorten mit der Schulnote 1,3 bewertet. Dabei kommt es mir weniger auf

die Note an, über die wir uns natürlich freuen. Vielmehr sind die angegebenen Hinweise für mich und meine zukünftige Arbeit wichtig.

Auch für die Kunden aus dem Bereich „Privat und Gewerbe“ habe ich eine solche Kundenumfrage eingerichtet. Aus den Rückmeldungen sollen ebenso mögliche Handlungsbedarfe identifiziert und umgesetzt werden.

Bundesteilhabegesetz

Mit einer längeren Informationsvorlage zum Hauptausschuss am 11. Juni 2020 hat die Verwaltung bereits über die Umstellung auf die neue Rechtslage im Bereich des Bundesteilhabegesetzes berichtet. Die Reform erweist sich als sehr aufwändig und arbeitsintensiv. Durch die Umstellung auf die neue Rechtslage ist es zu Überzahlungen an die Einrichtungen gekommen, die in den kommenden Wochen wieder erstattet werden müssen. Hierdurch überschreiten die Aufwendungen für den April und den Mai den Planwert deutlich. Dies muss sich aber im Verlauf der nächsten Wochen wieder regulieren, wenn die Erstattungen verbucht sind.

Die für das Frühjahr geplante Einführung der landesweit vereinbarten Instrumente der Bedarfsfeststellung und Hilfeplanung kann coronabedingt erst im Sommer starten. Der nächste Umsetzungsschritt der Reform betrifft die ebenfalls bereits bekannte Übernahme der Leistungsfälle aus den Ämtern von Menschen, die zugleich Eingliederungshilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen.

Verschiebung der KiTa-Reform

Die Umsetzung der Kita-Reform ist ebenso wie andere Vorhaben verschoben worden. Diese Entscheidung des Landes vom 01.08.2020 auf den 01.01.21 ist zu begrüßen und gibt uns Zeit, die erforderlichen Vorarbeiten in der Kreisverwaltung auch unter den gegenwärtigen Einschränkungen weiter voran zu bringen. Vor allem der sehr wichtige Dialog mit den Kommunen in unterschiedlichen Arbeitsgruppen musste auf Grund der Kontaktbeschränkungen vorübergehend eingeschränkt werden. Die Gespräche in den Arbeitsgruppen laufen inzwischen wieder an.

Von der Verschiebung ausgenommen sind der sogenannte Elterndeckel, also die Höchstgrenze beim Elternbeitrag, die landeseinheitliche Umsetzung der Sozialstaffel und die Geschwisterermäßigung, sowie die Anpassung der Höhe der Mindestbeiträge in der Förderung der Kindertagespflege. Zu diesen Themen liegen Ihnen für die heutige Sitzung Beschlussvorlagen vor.

Die Verschiebung und der gerade beschriebene Weg haben zunächst auch Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises. Es gilt, die KiTa-Finanzierung weitere fünf Monate überwiegend nach dem alten Recht zu gestalten. Durch Vereinbarungen zwischen den Kommunen und dem Land, auf deren Grundlage jetzt das „Gesetz zur Änderung des Kita-Reformgesetzes“ beraten und verabschiedet wurde, haben sich alle Beteiligten verpflichtet, einen Beitrag zum Gelingen des späteren Starts zu leisten. Da insbesondere das Land weitere Mittel in Aussicht gestellt hat ist nicht von einer zusätzlichen Belastung des Kreishaushaltes durch die Verschiebung auszugehen.

Vorhöhenkontrolle Kanaltunnel

Der letzte Bereich einer coronabedingten Verzögerung im Ablauf ist die Frage nach einer Vorhöhenkontrolle am Rendsburger Kanaltunnel. Hier verhält es sich so, dass das Gutachterbüro mir zugesagt hat, in Kürze ein für das Frühjahr geplantes Gutachten zu liefern. Auch in diesem Gutachterbüro hat der Lockdown zu Schwierigkeiten in der Abarbeitung von Verfahren geführt. Ich werde Sie über den Fortgang in diesem Verfahren unterrichten.

Tiertransporte

Komme ich zu einem Bereich, der vor einem Jahr uns sehr stark beschäftigt hat, über den aber in der letzten Zeit weniger berichtet wurde. Mit großem Interesse hat die Bevölkerung die Berichterstattung zum Thema Langstreckentransporte von Rindern in Drittländer verfolgt und der Kreisverwaltung und insbesondere dem Veterinäramt viel Lob für ihr Engagement zukommen lassen.

Nach und nach gewann das Thema auch in anderen Kreisen und Bundesländern an Fahrt.

Eine vom hessischen Landwirtschaftsministerium zusammengestellte Delegation aus Amtstierärzten bestätigte nach einer Inspektionsreise durch Russland, dass keine Stationen existieren, in welchen die nach EU-Recht vorgeschriebenen Ruhepausen zur Versorgung der Tiere eingelegt werden können. Auch die oberste russische Veterinärbehörde hat dem Bundesministerium für Landwirtschaft mitgeteilt, dass es zurzeit in ihrem Territorium keine geeigneten Versorgungsstationen gibt.

Daraufhin wurde der Kreis derjenigen Veterinärbehörden, welche keine Tiere zum Export in Drittländer über die Russlandroute abfertigten, immer größer.

Brandenburg hat als letztes Bundesland den Export von Tieren nach Russland im April 2020 untersagt.

Gerichtliche Schritte von Wirtschaftsverbänden gegen Veterinärbehörden, welche die Abfertigung von Transporten nach Russland wegen mangelnder Versorgungsmöglichkeiten ablehnten, hatten keinen Erfolg.

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde werden seit dem Frühjahr 2019 keine Drittlandexporte mehr beantragt und genehmigt.

Wir nehmen allerdings wahr, dass vermehrt Rinder nach Polen, Ungarn und in die Tschechische Republik verbracht werden, sodass der Verdacht besteht, dass die Tiere von dort aus nach Russland, Kasachstan, Usbekistan oder die Türkei verschickt werden.

Eine Weiterverfolgung der Tiere außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist für die Veterinärbehörden nicht möglich, der Verdacht wird sich kaum bestätigen oder entkräften lassen.

Somit wird deutlich, dass es dringend einer europäischen Lösung bedarf.

Allein die Niederlande haben alle Tiertransporte in Staaten außerhalb der EU untersagt, solange keine Möglichkeiten geschaffen werden, die Tiere auf den Transportwegen lückenlos zu versorgen.

Inwiefern die Bundesregierung Anstrengungen unternimmt, das Thema in der EU zu platzieren, ist unklar, denn die Kreise erhalten keine Informationen über die Fachaufsicht in Kiel.

Leider muss festgestellt werden, dass die Exporte von Rindern in den Libanon, nach Marokko, Jordanien und Ägypten auf dem Seeweg ungehindert weiter gehen, obwohl die Versorgung der Rinder während der zum Teil tagelangen Wartezeiten an den Häfen als ebenfalls hoch problematisch anzusehen ist.

Auch der eigentliche Seetransport mit Transportschiffen birgt erhebliche Risiken für den Tierschutz.

Hauptdrehkreuze für diese Transporte sind die Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen.

Ich sage Ihnen zu, dass wir uns weiterhin im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten dafür einsetzen, dass tierschutzwidrige Transporte in die bekannten Hochrisikostaaen unterbunden werden.

Entwicklung des ÖPNV

Komme ich zu einem erfreulicheren Thema. Der Öffentliche Personen Nachverkehr im Kreis nimmt weiter Fahrt auf.

Stadtverkehr Rendsburg

Wir gehen einen weiteren Schritt in Richtung eines modernen, nachhaltigen und zukunftsorientierten ÖPNV. Der ÖPNV im Wirtschaftsraum Rendsburg wird konzeptionell auf neue FüÙe gestellt und überplant.

Folgende Ziele verfolgt der Kreis Rendsburg-Eckernförde:

- Wir wollen eine bessere Anbindung von wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie Krankenhaus und Nordkolleg
- Wir wollen eine Optimierung der Übergänge zum gerade neu konzeptionierten Überlandverkehr und dem dortigen integralen Taktfahrplan
- Wir wollen ein Abstellen von Doppelstrukturen
- Wir wollen eine Reduzierung von bislang schlecht oder gar nicht genutzten Linien
- Wir prüfen die Einbindung weiterer Umlandgemeinden in den Stadtverkehr (Bspw. Borgstedt)
- Wir passen den ÖPNV an den SPNV und die vorgesehenen neuen Bahnhaltdepunkte im Stadtgebiet an

- Wir brauchen eine Anpassung an die jüngere Stadtentwicklung, hinsichtlich der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur sowie des veränderten Mobilitätsverhaltens

Folgende Schritte sind umgesetzt bzw. geplant:

- Zuschlag an Gutachterbüro am 12.06.2020
- Einbindung der jeweiligen Bedarfsträger
- regelmäßige Berichterstattung im Regionalentwicklungsausschuss

Wir erwarten, dass die Überplanung des ÖPNV im Wirtschaftsraum Rendsburg budgetneutral erfolgt. Soweit der Gutachter Vorschläge zur Verbesserung sieht, die einen Mehraufwand bedeuten, werden diese dem Regionalentwicklungsausschuss als Option benannt.

Regionalverkehr – weitere Schritte

Neben dem Stadtverkehr Rendsburg haben wir nach wie vor den Stadtverkehr Eckernförde und den Überlandverkehr im Blick.

Bei letzterem haben wir das Vergabeverfahren abgeschlossen und der Autokraft GmbH den Zuschlag für die Durchführung des Regionalverkehrs für die nächsten 10 Jahre erteilt. Bis zum Ende des Jahres findet die Vorbereitung der Inbetriebnahme zum 01.01.2021 statt. Hierzu stimmen sich der Kreis, die Autokraft GmbH und NAH.SH GmbH im wöchentlichen Turnus über den aktuellen Stand der Vorbereitung ab. Hier werden noch verschiedene Fragen zu den Arbeitspaketen Verkehrsplanung, Flotte, Personalrekrutierung, Auftragnehmer, Betriebsorganisation, Leitstelle, Infrastruktur und Verkehrsvertrag abgestimmt.

Anvisiert wird, den Verkehr zum 01.01.2021 vollumfänglich an den Start zu bringen. Die Größte Herausforderung hierbei ist die Rekrutierung der dafür notwendigen zusätzlichen Fahrpersonale.

gez. Dr. Kruse